

Berlin, Freitag,
Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postenlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.
Oesterreich 18 Kr. 92 Hfl., Rußland
& Süd. 35 Kop., Holland 7 Fl. 50 Cts.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für England in London bei
Jug. Siegle 30 Stone Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Creecham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Befellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Verzeichnisse der
Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungstabellen
mit Besonderen-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Telegramm-Adresse:
Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher:
Amt I, Nr. 243.

Dom Tage.

Der französische Ministerrat hat gestern den
verhältnismäßig Charakter der durch Wilson zur Kenntnis
gebrachten deutschen Antwort auf die französisch-
spanische Marokkonote einmütig anerkannt.

Wegen der Obstruktion der Deutschen mußte
gestern die Sitzung des böhmischen Landtags bald
nach Beginn geschlossen werden. Die nächste Sitzung
findet heute statt.

Die Antwort des Schahs auf die englisch-
russische Note ist in London eingetroffen; in der-
selben wird der Aufforderung zur Ausdehnung von
Neuwahlen und zur Bildung eines neuen Parlaments
zugestimmt.

Das Dorf Tajo bei Neußl in Ungarn ist bis
auf drei Häuser niedergebrannt.

Von einem furchtbaren Taifun, der große Opfer
an Menschenleben und Eigentum gefordert hat, ist der
zentrale Teil des Philippinenarchipels heimgesucht
und verwüstet worden.

Ungarische Parlamentssession.

Der ungarische Reichstag ist am Dienstag zu seiner
ersten Sitzung nach den Sommerferien wieder zu-
sammengetreten. Damit hat eine bedeutende Session
ihren Anfang genommen, denn sie soll Ungarn die
Grundsteinlegung für eine ganz neue Zukunft und
die Regelung nationaler und liberaler Forderungen
der Bevölkerung, wie des militärischen Problems,
der Bankfrage und vor Allem der Wahlreform,
bringen.

Die nächsten Wochen werden kaum Besonderes
bieten, denn sie werden mit der Aufarbeitung der in
der Sommerferien noch nicht erledigten, aber vor-
bereiteten Vorlagen ausgefüllt werden müssen.
Hierzu gehören die Gesetzentwürfe über das
Auswanderungswejen, die Reform der Staats-
rechnungsprüfung, die finanzielle Unterstützung der
Hauptstadt, der Ankauf der Margareteninsel, das
Gesetz über das Schiedswejen, die Indemnität für die
Wasserstraßen, die frauulösen kaufmännischen Ge-
schäfte, die Organisierung des landwirtschaftlichen
Volkschulunterrichts und die Anleihen der Städte
Fiume, Agram etc. Dann wird die Notwendigkeit
sich geltend machen, das Budget rechtzeitig fertig-
zustellen. Seit Jahrzehnten ist das bekanntlich nicht
gelungen, die Verhandlungen schleppten sich gewöhn-
lich bis März und April hin und die Re-
gierung war gezwungen, immer wieder die
Indemnität in Anspruch zu nehmen. Die im vorigen
Jahre durchgeführte Revision der Hausordnung sollte
in erster Linie dem Zwecke dienen, die endlosen,
gänzlich unproduktiven Budgetdebatten einzudämmen,
und die mit ihr im Frühjahr gemachten Erfahrungen
haben dargetan, daß sie diese Aufgabe zu erfüllen
wohl imstande ist, bei gutem Willen natürlich, und
ob dieser vorhanden ist, möchten wir fast bezweifeln,
denn die Mehrheit denkt schon heute mit Grauen an
den Augenblick, in dem sie Handlungsfreiheit haben
wird, d. h. in dem jeder Vorwand fortfallen wird,
um sich den Verpflichtungen zu entziehen, die
sie vor zwei Jahren in dem siebenjährigen Ver-
langen, die Gewalt in die Hände zu bekommen, etwas
überleget übernommen hat. Heute weiß man, daß
man mit der lokalen Durchführung der versprochenen
Wahlreform auf demokratischer Grundlage den Akt
abgibt, auf dem man so behaglich geessen hat, und
widerstrebt begrifflicherweise dieser selbstmörderischen
Tat. Die Verschleppungstaktik der ersten beiden Jahre
läßt sich aber nicht mehr fortsetzen, der letzte von dem
Minister des Innern, Grafen Andrássy, selbst zur Ein-
lösung der Versprechungen angelegte Termin, Ende
Oktober, naht unerbitlich heran und man wird sich
wohl oder übel bequemen müssen, Farbe zu bekennen.

Wir haben in früheren Artikeln schon ausgeführt,
daß die Regierung und die Mehrheit gar nicht daran

denken, sich selbst den Boden abzugraben, und ein
Wahlsystem ausgeklügelt haben, das zwar nicht
liberal, aber dafür national ist und ihre Stellung
einermassen sichern würde. Um diesen Anschlag
durchzuführen, mußte man aber der Einwilligung der
Krone sicher sein, um diese zu erhalten, ist eine
Komödie inszeniert worden, die auf die Ehrlichkeit der
politischen Ueberzeugung der Beteiligten ein merk-
würdiges Licht wirft.

Man erinnert sich wohl des Eifers, mit dem die
Mehrheitsparteien seinerzeit für die Nationalisierung
des Heeres eingetreten sind. Nun, heute ist man gern
bereit, in dieser Beziehung mit sich handeln
zu lassen, man will gern auf „berech-
tigte“ nationale Forderungen verzichten und
die militärischen Forderungen ohne Vorbehalt be-
willigen, wenn die Krone ihrerseits auf die Fest-
setzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ver-
zichtet und ihre Zustimmung zur Einführung eines
Bivotal-Wahlsystems erteilt. Es ist ein neuer Beweis
der Loyalität des Kaisers Franz Josef, daß er auf
einen solchen Kaufhandel eingegangen sich geweiht hat,
es ist aber auch ein Zeichen hoher politischer Einsicht,
daß er sich durch das Angebot augenblicklicher Vor-
teile nicht verleiten ließ, sich zum Mitschuldigen von
Machinationen zu machen, die die dringenden
Wünsche der Gesamtbevölkerung kühl beiseite schieben
wollen. Er hält strikt an den vor zwei Jahren ge-
storten Abmachungen fest, nach denen erst die
Wahlreform und dann die nationalen Forderungen
ihrer Erledigung entgegengeführt werden sollten,
und diese ehrliche und würdige Haltung setzt ihn zu-
gleich in die angenehme Lage, seine Bedingungen
diffiziler zu können. Die Krone hat keine Veranlassung,
zu Gunsten der Koalition das Odium auf sich zu
nehmen, daß mit ihrer Unterstützung die Bevölkerung
in ihren Erwartungen getäuscht wird, sie ist sich klar
darüber, daß, wenn die regierende Schicht durch ein
Privilegienwahlrecht sich in ihrer Stellung gefichert
sieht, sie in kurzer Zeit das alte Spiel aufnehmen
und auf ihre „nationalen“ Forderungen mit um so
größerm Ungehör zurückkommen würde, um das er-
schütterte Prestige neu zu befestigen.

Auch in der Bankfrage stellen sich der Koali-
tion ernste Schwierigkeiten entgegen. Bekannt-
lich ist die selbständige ungarische Bank ein
Postulat der Unabhängigkeitspartei, das freilich
mit den realen Verhältnissen nicht rechnet. Der Prä-
sident der ungarischen Kreditbank hat erst vor einigen
Tagen seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß eine
einzelne Bank für Ungarn den Kredit nicht erleichtern,
sondern verteuern und erschweren würde. Um den
Gedanken einer Fusionierung der Mehrheitsparteien,
dessen Verwirklichung zur Durchführung einer den
magyarischen Wünschen entsprechenden Wahlreform in
erster Reihe erforderlich wäre, nicht von vornherein
gegenstandslos zu machen, scheint man sich entschlossen
zu haben, formell den Wünschen der Unabhängigkeits-
partei zu entsprechen, d. h. eine Lösung herbeizu-
führen, welche den Schein, aber nicht das Wesen einer
selbständigen Bank trifft.

Es ist kein erfreuliches Schauspiel, das sich in Pest
abzuspielen beginnt. Daß man auf diesem Wege zu
der durchaus wünschenswerten Stabilisierung der
Verhältnisse kommen sollte, erscheint von vornherein
ausgeschlossen. —r.

Telegramme.

Prag, 24. September. (C. T. C.) Vor der
heutigen Sitzung des Landtages verlangten die
deutschen Abgeordneten, daß das Haus nicht in die
Tagesordnung einträte. Der Oberlandmarschall
lehnte dies ab. Daraufhin erklärten die Deutschen,
fort mit der Obstruktion einzusetzen. Während der
Sitzung verhielten die Deutschen das Gintreten in
die Tagesordnung und ließen die geschädigten Meber
nicht zu Worte kommen. Der Oberlandmarschall
vermochte die Ruhe nicht wiederherzustellen und ver-

ließ unter andauerndem Lärm den Saal. Die geschä-
digten Abgeordneten hielten die Estrade besetzt. Als
der Oberlandmarschall wieder im Saale erschien,
drangen die Deutschen gegen den Präsidentenisch vor
und schleuderten Aktenstücke in den Saal. Der
Oberlandmarschall erklärte darauf diese Vorgänge
des Landtages für unwürdig und schloß unter an-
dauerndem Lärm des Hauses die Sitzung. Die
nächste Sitzung findet morgen statt.

Budapest, 24. September. (C. T. C.) Fürst
Ferdinand von Bulgarien empfing heute vor-
mittags den Minister des Aeußeren Freiherrn
von Helfenthal in halbständiger Privataudienz.
Mittags fand zu Ehren des Fürsten und der
Fürstin von Bulgarien ein Frühstückstafel am Hofe
statt. Nach herzlicher Begrüßung erfolgte sodann
die Abreise des Fürsten Ferdinand nach Seinemam-
ger zum Besuche des 11. Infanterie-Regiments, dessen
Inhaber er ist. Die Fürstin reiste nach Wien ab.

Rambouillet, 24. September. (C. T. C.) Im
heutigen Ministerrat, in dem Wilson die heutige
Antwort auf die französisch-spanische Marokko-
note zur Kenntnis brachte, wurde der Termin
für die Einberufung der Kammer auf den
13. Oktober festgelegt. Die Regierung wird darauf
bestehen, daß unter den ersten zur Verhandlung
stehenden Gegenständen sich der Gelegenheitsfall über den
Schulzwang befindet. — Nach dem am Schluß des Ministerrats
gemauerten Einbräuen zu schließen, erkannten
die Minister einmütig den verhältnismäßig Charakter
der deutschen Antwort auf die Marokkonote an. Es
scheint über alle prinzipiellen Fragen ein Einber-
nehmen erzielt zu sein. Einer Regelung werden nur
Detailfragen bedürfen, über die eine Verhandlung
wahrscheinlich ist.

London, 24. September. (C. T. C.) Wie das
Aeußerliche Bureau erfährt, ist die Antwort des
Schahs auf die englisch-russische Note in
London eingetroffen. Die Note stimmt der Auf-
forderung, neue Wahlen auszuschreiben und ein
neues Parlament zusammenzubereiten, zu, deutet aber
an, daß der Schah angezweifelt der gerüttelten Ver-
hältnisse in einer seiner Provinzen hierfür den ge-
eigneten Zeitpunkt auswählen müsse. In gut unter-
richteten Kreisen glaubt man jedoch, daß dieser Vor-
behalt dem Wunsch der persischen Regierung zuzu-
schreiben ist, nicht den Anschein zu erwecken, als ob
sie einem fremden Zwange weiche, und man ist nicht
der Ansicht, daß darin ein Verzicht des Schahs zu
erblicken sei, der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus-
zuweichen. Ebenso wenig besteht andererseits auf
Seiten Rußlands und Englands die Absicht, einen
solchen Zwang auszuüben, vielmehr will man ledig-
lich Rat schläge erteilen zur Wiederherstellung der
Ordnung und einer geregelten Verwaltung. Es sind
ferner amtliche Nachrichten eingetroffen über den An-
griff persischer Kosaken auf die indischen Wälder der
britischen Gesandtschaft, bei welchem Angriff der
britische Befehlshaber der Truppen bedroht und zwei
Ander verwundet wurden. Durch die abgegebenen
Erklärungen und durch die von dem Befehlshaber
der Kosaken unternommenen Schritte zur Versträkung
der Schuldingen wird der Zwischenfall jedoch als er-
ledigt betrachtet.

Petersburg, 24. September. (C. T. C.) Die
Choleraerkrankung weist heute 354 Neuerkrankungen
und 172 Todesfälle auf. Die Gesamtzahl der Er-
krankten beträgt 1705.

Afrachan, 24. September. (C. T. C.) Die
Bahnsation Simodski ist von sechzehn Räubern
überfallen und beraubt worden. Zwei der
Räuber wurden verhaftet. Bei ihnen fand man ein
Namensverzeichnis von 60 Mann, die eine organisierte
Räuberbande bildete. —r.

New-York, 24. September. (C. T. C.) [Auf
deutsch-antlantischem Kabel.] Aus Manila wird ge-
meldet: Ein furchtbarer Taifun segte über den
zentralen Teil des Philippinenarchipels
und verwüstete, in der Richtung nach der
chinesischen See fortschreitend, Teile der Inseln
Samar, Leyte, Luzon, Panay, Masbate und
Romblon. Da die Telegraphenleitungen zerstört sind,
laufen die Nachrichten über die Katastrophe nur spär-
lich ein. Ein Telegramm aus Romblon meldet, daß
der Taifun große Opfer an Menschenleben und
Eigentum gefordert hat.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)